



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 4.2 der öffentlichen Sitzung am 19. September 2023

Antrags-Nr. 22-F-63-0113

Standortkonzept „Die zukunftsfähige Berufsschule“

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -
- Beschluss Nr. 160 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 08.11.2022 -

Eine wichtige Säule der Nachwuchsgewinnung ist die Betriebliche Ausbildung. In vielen Betrieben zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Bewerberzahlen. Um auf die rückläufigen Ausbildungszahlen zu reagieren und um die duale Ausbildung zu stärken, sieht das Land Hessen Handlungsbedarf, indem es eine Neuausrichtung der Berufsschulstandorte ab 2026 plant. Die Mindestklassengröße von bisher 15 Schülern soll deutlich abgesenkt werden. Für jeden Ausbildungsberuf soll ein Standort ausgewählt werden, der die Beschulung konzentriert übernimmt. Die Nähe des Ausbildungsbetriebes und der Berufsschule zum Wohnort spielt bei jungen Menschen für die Berufswahl aber oft eine entscheidende Rolle.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Ausschuss teilt die Position des Industriebeirates aus seinem veröffentlichten Positionspapier zum Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“ in Hessen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- I. a. ob die Städte und Kammern zu der geplanten Neuausrichtung bereits Stellung bezogen haben?
b. welche Ausbildungsberufe zukünftig nicht mehr in Wiesbaden beschult werden sollen?
c. welche Ausbildungsberufe hierfür neu in Wiesbadener Berufsschulen beschult werden sollen?
d. welche Auswirkungen damit auf die örtlichen Ausbildungsbetriebe verbunden sind?
- II. Mit Industrieunternehmen des Wiesbadener Industriebeirates sowie Kammern und Gewerkschaften Kontakt aufzunehmen, um ein alternatives Konzept zur Sicherung der Fachklassen mit dem Kultusministerium zu erarbeiten.

**Beschluss Nr. 0160 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 08.11.2022**

Der Antrag wird angenommen.

Beschluss Nr. 0124

1. Da kein/e Vertreter/in des Magistrats anwesend ist um über den Sachstand zu berichten, wird der Punkt auf die nächste Sitzung am 17.10.2023 verschoben.
2. Der Magistrat wird um Anwesenheit in der Sitzung am 17.10.2023 gebeten, um über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2023

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2023

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister